

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Martin Lüdders (KV Bochum)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 738 bis 739 einfügen:

Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit entgegen und fordern ein Importstopp von Frackinggas und weiteren fossilen Brennstoffen mit Ausbeutung in der Lieferkette.

Begründung

Oft wird die Bevölkerung in der Nähe von Förderstellen oder den Transportstrecken für fossile Brennstoffe stark ausgebeutet. Sie leiden unter Umweltzerstörung, Luftverschmutzung, gesundheitlichen Problemen und profitieren kaum unter den fossilen Brennstoffen.

Durch die Erdgasgewinnung mit der Fracking Methode werden Chemikalien in den Boden gepresst, um Gesteinsschichten aufzubrechen. Dabei kommt es zu Verunreinigungen des Grundwassers, der Emission von Methan und weiteren Schadstoffen, sowie teilweise Erdbeben. Dabei sind besonders People of Color, die indigene Bevölkerung und einkommensschwache Menschen betroffen, da sie in der Nähe der fossilen Industrie und Petrochemieanlagen leben. Fracking wird ohne Rücksicht auf die indigene Bevölkerung auch auf heiligen Gebieten oder auch direkt in Wohnsiedlungen betrieben. So gibt es dort erhöhte Krebsraten, Asthma, Leukämie und viele weitere gesundheitliche Probleme durch die Umweltverschmutzung.

Die UN warnt zudem vor Menschenrechtsverletzungen in den Regionen durch die Nutzung von Fracking. Dazu gibt es in der weiteren Lieferkette weitere Umweltverschmutzung und Ausbeutung der Anwohnenden. So gab es am Calcasieu Pass LNG-Terminal nach 133 Tagen Betrieb bereits 91 Störfälle, wobei Gas verbrannt werden musste und Schadstoffe in die Umwelt abgelassen wurden. Dies passiert an vielen weiteren LNG-Standorten und belastet die Anwohnenden. Auch der Branchendialog Energiewirtschaft mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales warnt vor potentiellen Menschenrechtsverletzungen durch LNG. Dazu zählen das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Schutz vor Rassendiskriminierung und weitere.

Wir müssen so schnell wie möglich raus aus der Nutzung von fossilen Brennstoffen, jedoch müssen wir im Übergang daraufsetzen, dass wir die Ausbeutung in den Herkunftsregionen einschränken und nicht durch unsere Importe unterstützen.

weitere Antragsteller*innen

Alexandra Wagner (KV Mayen-Koblenz); Jimmy Dögerl (KV Berlin-Mitte); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Petra Balje (KV Gelsenkirchen); Nina Nakonetzki (KV Emsland); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Vincent Lohmann (KV Krefeld); Mara Kleine (KV Düsseldorf); Lukas Sokolowski (KV Düsseldorf); Klemens Griesehop

(KV Berlin-Pankow); Alexander Volk-Schneider (KV Köln); Paula Backhaus (KV Kleve); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Thomas Rost (KV Berlin-Reinickendorf); Michael Rieken (KV Emsland); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Bettina Deutmoser (KV Stade); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.